



## Zuwanderungen beeinflussen immer stärker die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Zuwanderungen beeinflussen immer stärker die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt <br /><br />Die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland ist in jüngster Zeit deutlich gestiegen. Dies wirkt sich erheblich auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aus. Sowohl der Beschäftigungsaufbau als auch der Zuwachs bei der Arbeitslosigkeit in Deutschland werden in wachsendem Maße von ausländischen Arbeitskräften getragen. Obwohl sich das Qualifikationsniveau der Zuwanderer verbessert hat, fällt ihre Integration in den Arbeitsmarkt oft noch schwer. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). <br />Ein besonders starker Anstieg an Zuwanderern ist vor allem aus den neuen EU-Ländern zu verzeichnen. So gab es mit den EU-Erweiterungsrunden ab dem Jahr 2004 einen kräftigen Anstieg der Zuzüge von Personen aus Osteuropa, der sich 2011 mit der Herstellung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit noch verstärkte, und seit dem Jahr 2007 kommen vermehrt Personen aus Rumänien und Bulgarien. Etwa ab 2010 stieg auch die Zahl der Zuwanderer aus den südeuropäischen Krisenländern, wenngleich sich die Zuwanderungszahlen aus diesen Ländern immer noch auf deutlich geringerem Niveau befinden. Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes sind im ersten Halbjahr 2013 etwa eine halbe Million Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zugewandert. Das entspricht einer Steigerung von zwölf Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2012.<br />Mit dem Zuwanderungsschub der jüngsten Zeit stieg nicht nur die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sondern auch die der Arbeitslosen mit ausländischem Pass. Zum Beschäftigungsaufbau trugen Migranten zu einem Drittel, zum Aufbau der Arbeitslosigkeit zu mehr als der Hälfte bei. Die meisten Zuwanderer sind wegen einer Beschäftigung in die Bundesrepublik gekommen, ein erheblicher Teil - insbesondere der Südeuropäer - aber auch wegen einer Ausbildung. Die in letzter Zeit Zugezogenen sind im Schnitt zwar besser qualifiziert als die Migranten früherer Zeit, dennoch hat ein relativ großer Anteil (etwa ein Drittel) keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Und auch viele der Migranten mit einer Berufsausbildung üben nur eine einfache berufliche Tätigkeit aus. Besonders hoch ist der Anteil dieser inadäquat Beschäftigten unter den Rumänen und Bulgaren, unter den Migranten aus europäischen Nicht-EU-Staaten und unter den EU-Osteuropäern. Am geringsten ist er unter den Zuwanderern aus einem nord- oder westeuropäischen EU-Land. <br />"Für eine bessere Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt könnte der seit April 2012 geltende Rechtsanspruch auf die Anerkennungsprüfung ausländischer Berufsabschlüsse eine wichtige Rolle spielen", sagt die Studienautorin Nina Neubecker. Bisher fällt die Resonanz auf diese Maßnahme aber nur verhalten aus, zumal in einigen Bundesländern noch entsprechende landesrechtliche Regelungen fehlen. "Wichtig ist auch die Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Anpassungs- und Nachqualifizierungslehrgängen für Personen mit ausländischen Berufsabschlüssen, deren berufliche Anerkennung an Auflagen geknüpft wird", so Neubecker weiter.<br />Derzeit lässt sich nicht abschätzen, wie sich die Gewährung der vollständigen Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien auswirken wird. "Es könnten nicht nur Personen direkt aus diesen Ländern zuziehen. Denn viele Rumänen und Bulgaren sind nach dem EU-Beitritt ihrer Länder nach Südeuropa gezogen, wo sie nun mit einer schwierigen Arbeitsmarktlage konfrontiert sind. Daher könnten die Zuwanderungen nach Deutschland kräftig ausfallen", sagt DIW-Arbeitsmarktexperte Karl Brenke.<br /><br />Kontakt:<br />Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin<br />Mohrenstraße 58<br />10117 Berlin<br />Deutschland<br />Telefon: +49 030/897 89 0<br />Telefax: +49 (030) 897 89-200<br />Mail: postmaster@diw.de<br />URL: <http://www.diw.de> <br />

### Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de  
postmaster@diw.de

### Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de  
postmaster@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.